

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonntags.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

XXXIV.

Leipzig, Donnerstag den 15. Oktober 1896.

№ 121.

Politik in der Gewerkschaft.

So ist denn der Kniff gelungen. Der Appell an die Anymosität und zum Teil auch an die Urteilslosigkeit der Massen gegenüber den Buchdruckern hat die erwarteten herrlichen Früchte gezeitigt. Wie seiner Zeit auf Grund wohlberechneter Ränbergeschichten einzelne Mitgliedschaften in ihrem Urteile beeinflusst wurden, so hat auch jetzt die Klassenbewusste Arbeiterschaft sich zur Richterin über das Thun und Lassen unsrer Organisation aufgeworfen. Wer weiß, wie gerne die Massen auf Aussprüche einzelner ihnen — mit Recht oder Unrecht — als Autoritäten geltenden Personen ihre Anschauungen aufbauen, wer außerdem die „objektiven“ Schilderungen mancher Parteiblätter über die Buchdruckerangelegenheiten kennen zu lernen Gelegenheit hatte, und sieht, wie nunmehr durch das neue submarine „Marrenschiff“ die „Aufklärungsarbeit“ in konsequent verwirrender Weise fortgesetzt wird, für den hat diese Thätigkeit ein rein psychologisches Interesse. Wenn daher diejenigen Kollegen, die trotz des ihnen anhaftenden Makels der Tarifgemeinschaften anhängerschaft von den Angehörigen ihrer Partei als Verräter, Harmonieapostel, Landsknechte des Vorstandes, Verleugner von Prinzipien beschimpft werden, so nehmen sie das durchaus nicht so tragisch, denn die betr. Kollegen wissen eben zu gut, „wie es gemacht wird“. Wenn aber Leute, die sich bisher so gut wie gar nicht um die Sozialdemokratie gekümmert, im Gegenteil bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit ihrer politischen Ignoranz und Verständnislosigkeit Ausdruck gegeben haben, jetzt in überschäumendem Zielbewußtsein machen, wenn diese Leute sich anmaßen, das von ihnen seit acht Wochen getragene moderne Arbeitergewand nicht würdiger repräsentieren zu können, als eine ruhm- und erfolggekrönte Organisation an den Rand phrasenologischer Versumpfung zu bringen, dann halten wir es für unsere Pflicht, auch nach dieser Seite hin keinen Zweifel darüber bestehen zu lassen, welche Stellung der so heftig angegriffene Verband der Deutschen Buchdrucker einnimmt. Wir haben nicht den geringsten Anlaß, dieser Frage auszuweichen, weil unsre Stellung in derselben seit Jahren klar und bündig vor aller Welt gekennzeichnet ist. Wenn aber neuerdings diese unsre von Generalversammlung zu Generalversammlung gutgeheißene, sowie vom Corr. vertretene und verkochene konsequente Auffassung unserer gewerkschaftlichen Aufgaben als Hirsch-Dunderianismus den breiten Massen wohlpräpariert denunziert wird, so sind wir gezwungen, neuerdings unsern Standpunkt darzulegen, nicht um Lusthiebe zu parieren, sondern um dem gerecht denkenden Teile der Kollegenschaft zu zeigen, welches ein Zukunftsprogramm in der Gegenwart des „Freischuß“ (dessen Kugeln gewöhnlich auf den Schützen selbst zurückprallen) zusammengebraut wird und wie ein solches das „Aktionsprogramm“ des Verbandes werden sollte. Nachdem in Nr. 1 der so „harmlosen“ B.-W. von der Beschränkung der Press- und Redefreiheit, sowie der persönlichen und staatsbürgerlichen Freiheit durch die gegenwärtige Verbandsleitung geredet worden ist

(es ist nämlich nichts so dumm, es findet doch sein Publikum), wird von den Kollegen verlangt, sie sollten die Klinken der Gesetzgebung ergreifen und auf eine Umgestaltung der Gesellschaft dringen. Von dem „zielbewußten“ Redakteur der B.-W. wäre die Darlegung dieser seiner wichtigsten Forderung in weniger schülerhafter Weise zu verlangen — man merkt eben das Gezwungene.

Die B.-W. wolle den Kollegen neben der gewerkschaftlichen Thätigkeit das Streben nach dem höhern Ziele politischer Befreiung nahelegen. „Nahlegen“, auf „leiser, behutsamer Pfote“ schleicht das Wort daher, und zwei Zeilen später spricht die B.-W. im Donnertone von Döbblin, als dem „Verächter des proletarischen Klassenkampfes“, wodurch das sanfte „nahlegen“ das gehörige Relief bekommt.

Als ob die Kollegenschaft in ihrer Allgemeinheit durch Zünnungen und ähnliche veraltete Institutionen ihre Lage zu verbessern sucht, werden hier die Verbandsmitglieder höchst überflüssiger Weise belehrt, daß auch höhere Gesichtspunkte in unsrer Organisation obwalten müssen, wenn der Verband seinem Zweck entsprechen wolle. Das zieht besser, liebt sich schon und der Verfasser hat sich nichts dabei zu denken. Es wäre zu wünschen gewesen, Herr Gash hätte gemäß seines Programms (Punkt 2, Abs. 3) auch gleich die praktischen Vorschläge gemacht, wie innerhalb der Gewerkschaft deren Mitglieder „die Klinken der Gesetzgebung“ ergreifen können, und wie durch die Gewerkschaftsbewegung die Gesellschaft umgestaltet werden kann. Kein vernünftiger Politiker, der es ernst meint auch mit der Gewerkschaftsbewegung, kann zu gunsten der letztern ein solches Präsen-gemengsel ernst nehmen oder gar als „Programm“ bezeichnen. Herr Gash graut auch am meisten vor der Durchführung dieser Forderungen, da er hier hilf- und ratlos, wie die trauernden Juden an den Wassern Babels, vor einer Aufgabe steht, die ihm fremd ist wie dem Teufel das Weihwasser. Mag er noch so sehr äußerlich proletarische Mäuren markieren, hier spricht er lediglich als das Werkzeug seiner nicht mit unterzeichneten Hintermänner.

Wenn wir des öftern von den Hintermännern des Herrn Gash sprechen, so haben wir durchaus keine vage Behauptung aufgestellt. Diese Hintermänner sind da, und ihnen ist es auch zum Teile gelungen, den eine neue wirtschaftliche Existenz suchenden Gash um so sicherer in die Hände zu bekommen, und Gash, der fortwährend von Redeadjutanten Döbblins und Zahnenjunkern der Tarifgemeinschaft spricht, denkt gar nicht daran, daß gerade seine proletarischen Kampfgenossen ihm jeden Augenblick die Kehle zuschnüren würden, wenn es ihm einfallen sollte, nicht durch all den Schmutz zu waten, den er für die geschichtlichen 30 Silberlinge wöchentlich zu produzieren gezwungen ist.

Nicht reelle Momente waren es, welche das Erscheinen der B.-W. veranlaßten, sondern ein wohl vorbereiteter Plan, und ein Teil der Opposition, die künstlich groß gezüchtet worden war, wurde dahin „belehrt“, daß das neue Blatt eine Notwendigkeit sei, wenn das freie Wort bei den Buch-

druckern noch eine Heimstätte haben solle. Und so erblickte die ehrliche Opposition in dem Blatte nichts schlimmes, weil sie von den Vorgängen hinter den Kulissen nicht unterrichtet war. Wir werden aber auch hier den Schleier lüften, der so manches Interessante für die „ehrliebe Mitarbeit“ gewisser Wähler bis her geschämig verdeckte. Es liegt uns ein Brief vor, der im Juli d. J. bei der Redaktion des Corr. eingegangen war, und welcher evident beweist, daß Herr Gash nur nach dem vorgeschriebenen Muster einer Clique arbeitet, und daß das Programm der Opposition lediglich darauf berechnet ist, den Verband aus seiner bewährten Bahn zu drängen und ihn zum Versuchstarnikel für den stupiden Ehrgeiz einzelner Vernegroße zu machen. Daß das nachstehende „Programm“ dasjenige der Herren Gash und Genossen ist, geht sowohl aus deren letzterer Thätigkeit hervor, wie es auch den Beweis erbringt, daß der „Führer“ Gash heute noch wie ehedem der „Führung“ sehr bedarf.

Lediglich die keine Mittel verschmähende radikalistische Opposition zwingt uns dazu, das Programm der Opposition zu veröffentlichen. Wir können der durch Gash eingeschlagenen Methode, alle, auch die vertraulichsten Zuschriften zu veröffentlichen, keinen Geschmack abgewinnen, aber der Selbsterhaltungstrieb, der für die Organisation nicht minder gerechtfertigt ist wie für Herrn Gash, zwingt uns dazu, von der Regel eine Ausnahme zu machen. Der Wortlaut, sowie die Auszeichnungen entsprechen genau dem Original. Hören wir also die Botschaft:

Heilbronn, den 20. Juli 1896.

Sehr geehrter Genosse!

Wie ich aus dem heute empfangenen Corr. vom gestrigen Sonntag ersehe, hat unsre Generalversammlung — fast in demselben Stimmverhältnisse, wie ich es vor vierzehn Tagen prognostiziert — sich mit 45 gegen 22 Stimmen für die unheilvolle Tarifgemeinschaft nebst anhängendem Klimbit erklärt, und gleichzeitig ist auch meine Voraussage, daß Kollege Döbblin und die anderen Selbstreichter alles aufbieten würden, um Sie „abzusägen“, vollständig eingetroffen.

Beide Ereignisse, sie freuen mich — so seltsam dies gerade hier klingen mag wegen des lehrerwähnlichen Faktums — außerordentlich und zwar hauptsächlich, weil dadurch für unsere Parteiziele die Situation ganz prächtig gebnet worden ist und es jetzt nur noch der richtigen Fruchtsifizierung bedarf.

Nur das Eine: daß Ihre Absägung mit Einstimmigkeit geschah, ist momentan schmerzlich für Sie, wie für jeden, der, wie ich, Sie hochschätzte; auch dürfte es vielleicht die nächsten notwendigen Schritte schädigend beeinflussen. Allein, es hat auch sein Gutes: Sie werden jetzt einsehen, daß die Politik des Bellegens und des Uebereinstimmens zwischen „Noth“ und „Rischmasch“, welche Sie seit der Wahl verfolgten, eine sehr unangebrachte war und daß Sie damit, verzeihen Sie meine Offenheit, nur den Eindruck der Wankelmütigkeit und Schwäche machten, was Ihnen und unsrer Sache zum Unlegen war; denn wer so energisch „A“ sagt, wie Sie dies seit Anfang Mai bis zur Wahl gethan, von dem erwartet man mit Fug und Recht, daß er (ohne Rücksicht auf Hinz und Kunz und dies und das) auch „B“ sagt und weiter buchstabierte.

Ich bin der unmaßgeblichen Ansicht, daß, wenn Sie im Sinne des Ihnen von mir übergebenen „Streitslichter“-Artikels gehandelt und rechtzeitig das Alarmignal zum Sammeln des „linken Flügel“ mit klarer Darlegung seiner dem „Verb.“ nur förderlichen Tendenz gegeben hätten, die Generalversammlung hätte

zu verfolgen. Würde die Arbeiterschaft auf diesen Standpunkt eingehen, so wäre damit die ganze Organisation völlig in Frage gestellt, nicht nur als Kartellverband, sondern auch als einzelne Branchenorganisationen. Dagegen müssen wir Front machen, daß nicht durch unbefonnenes Vorgehen einzelner die ganze Gewerkschaftsbewegung Deutschlands brach gelegt wird.“

Kollege Pollender wird es wohl nicht als Prinzipien-Verleugnung bezeichnen, wenn wir den stets eingenommenen Standpunkt, wie er ihn vorstehend erläutert, auch für die Zukunft beibehalten. Auch die Partei hat sich nach schweren Kämpfen durchgerungen zu der Anschauung, daß eine ägende Kritik an den bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftszuständen allein nicht die Aufgabe der Partei ausmachen kann. Auch die Sozialdemokratie ist gezwungen, wenn sie nicht das Schicksal aller bisherigen Parteien teilen will, praktisch mit Hand anzulegen, um im Vereine mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien heute schon auf dem Wege der Gesetzgebung eine Erleichterung der Lebenslage der Arbeiter herbeizuführen. Eine derartige Beteiligung an den parlamentarischen Geschäften ist als „nicht zielbewußt“ schon seit Jahren von dem radikalen „linken Flügel“ mehr oder minder heftig bekämpft worden, aber alle Parteitage haben diese praktische Betätigung als im Interesse der Arbeiter und der Partei gelegen erachtet. Als bedeutungsvollste Aeußerung für eine wirklich fruchtbringende Arbeit dürfen wir hier die Erklärung betrachten, welche die bayerischen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten am 31. Mai 1894 in der Kammer abgaben, worin es heißt: „Die sozialdemokratische Gruppe mußte in den Beratungen über den Staatshaushalt sich gegen eine Reihe von Ausgaben für Einrichtungen und Zwecke, welche entweder an sich oder in ihrer jetzigen Form den sozialpolitischen Anschauungen der Sozialdemokratie und den wahren Interessen des bayerischen Volkes widersprechen, ablehnend verhalten. Hinsichtlich der Einnahmen mußte sie die ungerechte Art der damaligen Lastenverteilung und der Steuererhebung auf das Entschiedenste bekämpfen. Andererseits aber kann sie nicht verkennen, daß der Entwurf des Finanzgesetzes für die XXII. Finanzperiode eine größere Anzahl von Aufwendungen für kulturelle Zwecke enthält, und daß die Bewilligung des Gesetzes zur Fortführung der Geschäfte des Gemeinwesens notwendig ist. In dieser Erwägung und unter uneingeschränkter Aufrechterhaltung ihres prinzipiellen Standpunktes stimmt sie dem Finanzgesetze zu.“ Nun, sogar die Fortführung der Geschäfte des Gemeinwesens (also des Klassenstaates) wurde als notwendig befunden. Und unzweideutig erklärte Liebknecht auf dem Parteitag in Breslau gelegentlich der Beratung des Agrarprogramms: „Die Partei ist, wenn sie nicht ihre Existenz aufgeben will, gezwungen, alle uns angehenden Tagesfragen von der praktischen Seite aufzufassen; und alles praktische Handeln ist mehr oder weniger ein Kompromiß zwischen Theorie und Thatsachen.“ Und Dr. Duard forderte praktisches Handeln, statt leblich Reden zu halten, und meinte: „Man kann als Partei auch an Uebertreibung der Theorie zu Grunde gehen!“

Wenn die Opposition das Wort Theorie beiseitigt und dafür „Prinzip“ setzt, deshalb bleibt ihre Forderung, mit Hilfe politischer Bestrebungen in der Gewerkschaft praktisch zu arbeiten, doch Theorie, und sie muß sich den Verhältnissen gegenüber zu einem „Kompromiß“ entschließen. — Wir müssen es uns versagen, auf die zahlreichen marxistischen Stellen des Parteiprotokolls weiter einzugehen, welche alle beweisen, daß der Zwiespalt unter den Genossen auf diesem Parteitage bezüglich des Agrarprogramms gerade so groß war wie derjenige auf unserer Generalversammlung bezüglich der Tarifgemeinschaft. Nur daß dort die

Disziplin eine selbstverständliche Sache ist, bei uns aber eine Forderung, die nur in „barbarischen Staaten“ aufgestellt werden kann.

Neuerdings werden durch die Parteipresse eine Reihe von interessanten Aeußerungen bekannt, welche Karl Marx über die Gewerkschaften und deren Aufgaben im Jahr 1869 bereits gemacht hat, und die heute noch als maßgebend für dieselben erachtet werden müssen. Wenigstens der Verband der Deutschen Buchdrucker beweist durch seine Thätigkeit, daß er noch auf keinem andern Boden als den von Marx vorgezeichneten gestanden hat. Hören wir den größten Nationalökonom aller Zeiten:

„Niemals dürfen die Gewerkschaften mit einem politischen Verein in Zusammenhang gebracht oder von einem solchen abhängig gemacht werden, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen sollen; geschieht dieses, so heißt das ihnen den Todesstoß geben. Alle politischen Parteien, mögen sie sein, welche sie wollen, ohne Ausnahme, begeßtern die Masse der Arbeiter nur eine Zeit lang vorübergehend; die Gewerkschaften hingegen fesseln die Masse der Arbeiter auf die Dauer; nur sie sind im Stand, eine wirkliche Arbeiterpartei zu repräsentieren und der Kapitalmacht ein Bollwerk entgegenzusetzen. Zu der Eufsticht ist die größere Masse der Arbeiter gelangt, daß ihre materielle Lage gebessert werden muß, mögen sie einer Partei angehören, welcher sie wollen. Wird nun aber die materielle Lage des Arbeiters gebessert, dann kann er sich mehr der Erziehung seiner Kinder widmen, Frau und Kinder brauchen nicht in die Fabrik zu wandern, er selbst kann seinen Geist mehr bilden, seinen Körper mehr pflegen, er wird dann Sozialist, ohne daß er es ahnt.“

Bemerkenswert ist ferner, was die Leipziger Volkszeitung diesen Worten hinzufügt:

„Diese Unabhängigkeitsstellung der Gewerkschaften ist auch heute noch mit den Marx'schen Aeußerungen zu begründen; sie ist geboten durch die unmittelbare Thätigkeit, welche sie zur Besserung der Lage der Arbeiter zu entfalten haben. Was zur Hebung der Lage der Arbeiter auf politischem Gebiete erstrebt wird, ist, wie die Dinge jetzt stehen, nur mittelbar zu erreichen, im Wege der Gesetzgebung oder durch gelegentliche Stellungnahme der politischen Partei zu Gunsten derjenigen Arbeiter, die im offenen, direkten Kampfe mit dem Unternehmertume stehen. Wegen die täglich sich in tausend Formen vollziehende und verstärkende Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter auf dem Produktionsgebiete haben die Gewerkschaften unmittelbar zu wirken; durch politische Engagements würden sie von diesem Feld abgezogen. Für die Gewerkschaften müßte darum ein Vereinziehen politischer Angelegenheiten in den Bereich ihrer Thätigkeit gefährlich werden.“

Wenn in neuester Zeit wieder Absichten laut geworden sind, die Gewerkschaften eigens mit politischer Thätigkeit zu durchdrängen, so mag man sich die Erfahrung früherer Zeiten zur Warnung dienen lassen.“

Was also die Herren um Gasch wollen, kann nicht gründlicher gerichtet werden, als dies vorstehend geschieht. Wir haben Kollegen aller Parteien im Verband und können die harte Arbeit, neue zu gewinnen, uns nicht erschweren, daß wir ihnen sagen: „Wenn du nicht ein zielbewußter Sozialdemokrat bist, können wir dich nicht im Verbandsverbande brauchen.“ Und wenn angenommen wird, stundenlange akademische Erörterungen über Fragen, in denen die Führer selbst nicht klar sind, würden erzieherisch für den Klassenkampf wirken, so ist das mit Recht zu bezweifeln.

Webel hat dies in Breslau eklatant dargethan. Er sagte:

„Ein großer Teil der Genossen, und zwar sogar älterer und alter Genossen, hat vor einem Jahr in Frankfurt a. M. die Kamele, die ihnen die Referenten zu schluden gaben, mit lebhaftem Beifalle verschluckt, aber ist entsetzt über die Wüden, welche die Agrarkommission selgte. Bollmar fand damals den besten Beifall. Ich fand das damals natürlich, aber weniger natürlich kam es mir vor, daß gestern eine große Reihe Parteigenossen dem Genossen Schippel so großen Beifall spenden konnten, nachdem sie voriges Jahr den ganz entgegengesetzten Ausführungen Bollmars eben solchen Beifall gesollt hatten. Das beweist, wie schlimm es noch mit der Klarheit aussteht, und daß viele mit einem fertigen Urteile hierher kommen über Dinge, von denen sie nichts verstehen.“

Wir wollen also mit solchen Phrasen in der Gewerkschaft wie: „Klinke der Gesetzgebung ergreifen“, etwas sparsamer umgehen, es schaut ja doch nicht weiter heraus als Rank und Streit. Als Arbeiter werden wir stets den guten Kampf um unsre wirtschaftliche und politische Befreiung kämpfen — überall da, wo es am Platz ist.

Hier haben wir über die Thätigkeit in den Gewerkschaften zu befinden, und diese soll rein bleiben von schädigenden, unklaren Debatten über politische Dinge, die weit richtiger und förderlicher an andrer Stelle gepflogen werden können. Wenn jetzt auf einmal so emphatisch über die Heranziehung der Politik in die Gewerkschaften geredet wird, so hätten die Betreffenden gut getan, sich bereits früher die Mitgildschaft bei politischen Vereinen zu sichern. Zu „Kastraten“, wie man sich geschmackvoll ausdrückt, will wohl niemand die Buchdrucker erzogen wissen, aber die Thätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen soll sinngemäß dafür sorgen, daß uns die Genossen auf dem Weg in den Zukunftsstaat unterwegs nicht verbumen. Ein „Programm“ wie das der Herren Gasch und Fort kann in Wirklichkeit nur reaktionär wirken, weil es die Wege verjähret, die für eine nützliche und praktische Arbeit in der Gewerkschaft unumgänglich notwendig sind.

Kollegen, ermannt euch!

Mancher Kollege, der es ehrlich mit sich und seinen Berufsgenossen meint und den Zeitgeist nicht verkennt, mag in letzter Zeit angeichts des widerlichen Bruderkrieges mit mir gesagt haben: Es ist genug! Und mehr denn zuvor muß man heute diese Worte ausrufen.

Es ist gerade keine angenehme Aufgabe, heute im Corr. seine Meinung zu äußern gegen das fortwährende uferlose Geschwafel über das Nichtigkeit der oppositionellen Kollegenarbeit. Aber das empörende, jeder Gerechtigkeit höhnpredigende Verfahren der Verbandsfunktionäre, durch brutale Gewalt die Kritik zu töten, drückt mir die Feder in die Hand. Und nach der Erklärung der Redaktion darf ich wohl erwarten, daß sich die Spalten des Corr. meinen möglichst sachlich gehaltenen Ausführungen nicht verschließen, zumal der Corr. ja auch unser, d. h. das Organ der Verbandsmitglieder ist. Selbstverständlich kann man die handelnden Personen dabei nicht ungeschoren lassen, denn sie stehen der Sache gegenüber gegenwärtig weit im Vordergrund.

Ich gehöre zu den Kollegen, die sich als wahre Demokraten auch notgerungen „auf den Boden der gegebenen Thatsachen“ stellten und es liegt mir fern — trotz der fortwährenden Anpassungen — noch einmal auf die eigentlichen Gründe der Opposition einzugehen; ich müßte denn in die verstimulte Peter des Herrn *Stuttgart einschlagen, aus dessen Letztartikel man nicht recht erkennen kann, ob er einen Dauerschlag überstanden, oder ob er solchen der übrigen Kollegen schuldig traut. Vielmehr will ich mich mit der Maßnahme des Vorstandes befassen, durch welche er langjährige Mitglieder und treue Kämpfer für unsre Sache durch einen Federstrich ihrer wohlverdienten Rechte zu berauben sich erlaube.

Es ist eigentlich verwunderlich, daß man fortwährend der Opposition jurist: „Jetzt haltet den Mund; die Generalversammlung hat die Tarifabmachungen sanktioniert, achtet die Demokratie!“ Während dieselben Leute in fast jeder Nummer des Corr. durch ein vielseitiges Gaudespiel die Opposition reizen und gewissermaßen zu verbummeln suchen. Aber im Glanze des auf der Generalversammlung erstochenen „Sieges“ sonnen sich ja ersichtlich verschiedene Leute — ich erinnere bloß an die, gelinde gesagt, unverächtliche Sprache des Herrn Rezbücker unserm alten Härtel gegenüber! Ich will damit nur gesagt haben, daß gewissen Leuten der Kamm mächtig geschwollen ist, denn bekanntlich trägt der Hahn auf dem eignen Wisse, wo er sich sicher fühlt, mehr als ihm zukommt. (Der Hahn des Herrn Diermann scheint die allen Hähnen eigentümliche Angewohnheit ebenfalls nicht lassen zu können. D. Red.)

Daß ein großer Teil der Kollegen sich auch nach der Generalversammlung mit den Tarifabmachungen (der eigentlichen Oppositionsursache) nicht einverstanden erklären würde, das glaube ich, mußte sich vernünftigerweise auch der Vorstand sagen. Dieser Teil der Kollegen war aber demokratisch genug, um in allen ihren Versammlungen zu beschließen: „Wir sind zwar nicht mit dem Wortum der Generalversammlung einverstanden, aber sie hat einmal als oberste Behörde gesprochen und wir stellen uns als gute Mitglieder auf den Boden der gegebenen Thatsachen.“ Trotz dieses Beschlusses aus großen Kollegenkreisen wirkt man der Opposition fortwährend vor, sie sei un-demokratisch; namentlich thut dies der Vorstand. Nun, zum Teufel, wie soll man seine demokratischen Grundzüge noch besser zum Ausdruck bringen! Der Vorstand ist natürlich — wenigstens nach seinen Auslassungen — der Meinung, daß durch Anerkennung dieses demokratischen Grundgesetzes auch jede Kritik der Thatsachen ausgeschlossen ist und wo sie erfolgt verboten werden muß. Das dies nicht demokratisch, sondern despotisch ist, das wird Herr Böblin wohl nicht leugnen wollen. Und eine Despotie ist den deutschen Buchdrucker bisher keine Selbsthilfe gewesen. (Sofern die Kritik des Herrn Diermann „Thatsachen“ betreffen soll, liefert er doch im Corr. den schlagendsten Beweis, daß die Kritik nicht „verboten“ ist. D. Red.)

Der neueste Hader ist bekanntlich durch das Erscheinen der B.-W. entstanden. Und hier muß ich gleich erklären, daß mir das Erscheinen des Blattes insofern unsympathisch war, als es unter Leipziger Führung geschah. Denn Leipzig ist zu solchem Zweck um so weniger berufen, als es die Hauptstadt trägt an der verunglücktesten letzten Bewegung. Andererseits begrüße ich die B.-W. in Hinsicht auf ihr Programm: alle Schäden der Tarifgemeinschaft aufdecken zu wollen!

Ich warte bis jetzt noch auf das langersehnte Protokoll der Generalversammlung, aus welchem allein ersichtlich ist, ob Kollege Gafch die Herausgabe eines Blattes abgelehnt hat. Hat er es gethan, so habe ich — obgleich ich von jedem verlange, auch in solcher Lage ein Mann zu bleiben — dennoch eine Entschuldigung eingehend des Wortes: Viele Hunde sind des Hasen Tod! Hier ist aber die Frage zu beantworten, ob die Herausgeber der B.-W. als „renitente“ Mitglieder ausgeschlossen werden mußten, welche ich entschieden mit nein beantwortete.

Wie oben angedeutet, hat sich die Opposition „auf den Boden der gegebenen Thatsachen“ gestellt, sich damit aber keineswegs der Kritik entzogen. Und eine solche kann man nur — das sollte jeder Buchdrucker wissen — öffentlich in einem Blatt geben. Ich begreife ja, daß die Herausgabe der B.-W. dem Vorstände Kopfschmerzen gemacht hat, aber ich begreife nicht, daß er dadurch so kopflos werden konnte, um unser verbrieftes Recht zu verlegen. Und damit komme ich eigentlich auf den springenden Punkt.

Daß ein großer Teil der Kollegen sich mit den Tarifabmachungen nicht einverstanden erklären konnte, habe ich bereits angeführt und handelt es sich hier nur um die rechtliche Seite der Frage, ob der Vorstand den § 5 des Verbandsstatuts in seiner natürlichen Fassung angewandt hat. Ich frage hier den Vorstand und die mit ihm sympathisierenden Verbandsfunktionäre auf Ehre und Gewissen, ob sie jemals vorher an eine gleiche Auslegung des Paragraphen auch nur gedacht haben. Wenn sie aufrichtig sein wollen, müssen sie mit nein antworten. Die Bestimmung des Statuts ist geschaffen, um dem Hauptzweck des Verbandes ein Hindernis zu sein: diejenigen Mitglieder aus dem Verbandsverband zu entfernen — oder wenigstens eine Maßregel gegen sie zu haben — die für wenig Geld gern lange arbeiten mögen! Und hier hat mich die Mitteilung des Kollegen Wenzschneider aus Hamburg ebenso schmerzlich berührt wie die Verhältnisse in der Saale-Zettlung. Hier muß man sich unwillkürlich fragen: Wo ist das Statut und wo ist der Vorstand! Hier war es Pflicht des Vorstandes, dem Statut, unserm Gesetz, Geltung zu verschaffen. Oder glaubt der Vorstand etwa, mit einem Heere von Schwestern auf gewerblichem Gebiet etwas erreichen zu können? Ich will hiermit sagen, daß für die angebotenen und ähnliche Fälle der § 5 ausschließlich geschaffen ist — wogegen hätte der Verband an sich sonst noch eine Existenzberechtigung.

Statt dieser natürlichen Auslegung werden nun advokatische Kniffe zu Hilfe genommen und es muß scarpierend wirken, wenn fortwährend behauptet wird, die B.-W. bezwecke die Bekämpfung der Generalversammlungsbeschlüsse und erstrebe eine Gegenorganisation. Abgesehen davon, daß der Hauptpunkt des Programms der B.-W. die Kritik der Erscheinungen der Tarifgemeinschaft ist — was jeder weiß der lesen will — sollte man doch so viel Einsicht haben, daß Herr Gafch schon bei dem Versuche zur Gründung einer Gegenorganisation isoliert dastehen würde! So lange die B.-W. streng an ihrem Programme festhält — andernfalls wird sie von selbst verschwinden — wird sie ein gern gelesenes Blatt bleiben, umso mehr, da die Wahl des Corr.-Redakteurs auf Herrn Rezkäufer fiel, die einer Provolation eines großen Teiles unserer Mitglieder sehr ähnlich sieht. Und der Vorstand hat, wie ich hier am Orte gesehen, durch die Ausschlußmaßregel der B.-W. viele Abonnenten zugeführt.

Die Kritiker milderer Erscheinungen der Tarifgemeinschaft sind also wegen einer für jeden andern Menschen straflosen That aus dem Verband ausgeschlossen und es fehlt nur noch, daß die Leser der B.-W. dasselbe Schicksal erleiden, dann gebührt den Buchdruckern wenigstens der traurige Ruhm, das Sozialstengeln noch übertrifften zu haben. In seiner Polemik „Nochmals die Parteilichkeit“ vergleicht Herr Döblin seine Maßregel bezeichnenderweise mit der Entfernung der sogenannten abhängigen aus der politischen Partei. Ich glaube, jeder denkfähige Kollege wird mit mir — um mich nicht näher auszudrücken — darüber einverstanden sein, wie sie auch bedenklich den Kopf schütteln werden über die unverbauliche Kose, die Herr Albert Wagner dem Corr. so reichlich bietet. Ich meine, wenn man seine eignen Thaten schon durch diejenigen anderer Leute zu rechtfertigen sucht — von der Berechtigung des Vergleichs nicht zu reden — dann tragen sie einen ominösen Stempel an der Stirn und wirken komisch, wie z. B. auch der zweifelhafte Hinweis auf die österreichischen Kollegen, womit uns die Tarifabmachungen mündig gemacht zu werden versucht wurden, und nicht zuletzt der Bremer Faselhans mit seinem Artikel „Anarchistisches“. Auf solche und ähnliche Nachwerke einzugehen, dazu ist mir meine Zeit denn doch zu kostbar.

Man sollte doch die Verbandsmitglieder für etwas denkfähiger halten, als daß man ihnen fortwährend falsche Thatsachen für bare Münze aufzuschwatzen versucht. Herr

Döblin sagt z. B., die Leipziger Reform sei lediglich ein Lokalblatt gewesen. Das war sie zu Anfang. Aber nach der Wiedervereinigung mit den deutschen Kollegen war sie ein ausgesprochenes Oppositionsblatt innerhalb des Verbandes, freilich in anderm Sinne wie gegenwärtig die B.-W. Und erst, als Herr Gafch längere Zeit die Redaktion des Corr. geführt und die Leipziger Kollegen mit derselben zufrieden waren, konnten sie dem moralischen Druck nicht länger widerstehen: sie ließen die Reform eingehen, weil der Corr. sie befreite! Das ist eine Thatsache, die ebensowenig zu leugnen ist wie diejenige, daß die letzten Tarifabmachungen nicht von unserer Generalversammlung festgesetzt wurden — was behauptet wird —, sondern daß dieselben vorher abgeschlossen waren.

Ich hätte noch vieles auf dem Herzen, besonders für die „Demokraten“ vom Schlage Raffini. Aber bei unserm Streite sind unsere wirtschaftlichen Gegner die ladenden Dritten und ich stimme dem Verfasser des Artikels „Wohin soll's führen?“ bei, daß wir uns wieder zusammensuchen müssen, um unsere Interessen zu wahren. Dies kann nach meiner Meinung aber nur geschehen, wenn unsere Vereinsbeamten in erster Linie das Statut achten, ihm keine falsche Auslegung geben und die absolut zu Unrecht erfolgten Ausschließungen unverzüglich zurücknehmen! Geschieht dies nicht, dann kann man von einem ernstlichen Willen an maßgebender Stelle zur Anbahnung des Friedens nicht reden und wird versucht, aufkommenden unlauteeren Gedanken feste Gestalt zu geben.

Auf unserm letzten Gautag in Bremen wurde beschlossen, in dem Bezirk Ostfriesland zur Gewinnung von Mitgliedern eine besondere Agitation zu entfalten und jetzt wird mir mitgeteilt, daß der Bremer Bezirksvorstand den Kollegen Kodanitz aus dem Verband ausgeschlossen habe, weil er die B.-W. verbreite. Wenn jemand seine guten Sitten durch böse Beispiele verderben läßt, so will ich ihm diese seine persönliche Sache nicht streitbar machen. Hier kommen aber die Interessen der gesamten Mitglieder in Frage. Und wer soll unter den unhaltbaren Zuständen noch Lust haben, neue Mitglieder zu werden, wenn man sieht, wie sie aus der Hinterthür wieder hinausbefördert werden!

Darum, Kollegen, ermannet euch und wahrt eure Rechte!

Rachschritt. Nachdem ich vorstehenden Artikel geschrieben, erhielt ich das Protokoll der Generalversammlung und ersehe auch zugleich, daß Herr Rezkäufer die Redaktion bereits angetreten hat. Beides gibt mir aber keine Veranlassung, Venderungen vorzunehmen.
Bant b. Wilhelmshaven. J. Diermann.

Korrespondenzen.

Eberfeld, 3. Oktober. Die heutige allgemeine Buchdrucker-Versammlung war leider nur schwach besucht. Es ist dies um so mehr zu bedauern, da ja hauptsächlich auf den Besuch von Nichtverwandten gerechnet worden war, diese aber mit fast gänzlicher Abwesenheit glänzten. In der Versammlung hielt Herr Gaudvorsitzer Müller-Essen einen Vortrag über das Thema: „Die Einführung des neuen Tarifes und die Segmaschne in Eberfeld.“ Kollege Müller entlegte sich seiner Aufgabe in einem längeren Vortrag und der reiche Vorrat an Schlußfolgerungen gab Zeugnis davon, daß er allen aus dem Herzen gesprochen hatte. Er gab einen Rückblick der Entwicklung des Verbandes von 1865 bis zur heutigen Tarifgemeinschaft. Die Mitglieder hätten sich von 4000 bis auf 21000 vermehrt, gewiß ein erfreuliches Zeichen. Weiter führte Kollege Müller aus, daß sich die Kollegen auf den Standpunkt der Generalversammlung stellen sollten, um ein ungetrübtes Zusammenwirken der Allgemeinheit zu erzielen. 1002 Geschäfte hätten den neuen Tarif anerkannt und von diesen entfielen auf Rheinland-Westfalen nur 18 Firmen. Es seien dies aber fast nur kleine Geschäfte mit keinem oder 2 bis 10 Gehilfen. Die Druckbarone hielten es nicht für nötig, die Tarife an die Arbeiter abzugeben und von Einführung des Tarifes wollten sie nichts wissen. Es sei darum notwendig, daß die Gehilfen Rheinland-Westfalens sich organisieren, um für die Durchführung des neuen Tarifes einzutreten zu können. Die Segmaschne habe hier ihren Eingang in der Buchdruckerei Girardet (General-Anzeiger) gehalten. Hoffentlich gelinge es dem eisernen Kollegen besser als den Verbandsmitgliedern, den 150 Nichtmitgliedern Eberfelds die Augen zu öffnen, damit sie sich dem Verband anschließen. Wie die Druckbarone Eberfelds über die Treuen ihres Geschäftes denken, davon ein kleines Beispiel. Als die bösen Verbändler bei der Firma Sam. Lucas den neuen Tarif verlangten, sammelte Herr Lucas jun. alle um sich, teilte sie in zwei Haufen (Wölfe und Schafe) und sagte in seinem Referatmündelwort zu den Wölfen: „Sehen Sie dort hinüber, da stehen meine treuen Arbeiter, diese sind mit dem alten Tarif (1866) zufrieden und kommen mit ihrem guten Lohn (18 bis 21 Mt.) aus, warum nicht Ihr auch?“ Als ein Bode erwiderte, das Ehrgefühl seinen Kollegen gegenüber treibe ihn dazu, den neuen Tarif zu verlangen, erwiderte Herr Lucas: „Was hat denn ein Arbeiter für Ehre; wenn ich Sie heute entlasse, so schicken Sie morgen Ihre Frau zu mir, diese muß unter Weinen und Schlägen bitten, Sie wieder einzustellen. So ist es mit Ihrer Ehre bestellt, ich kenne das.“ In der Offizin werden auch noch

20 bis 35 Ueberstunden wöchentlich gemacht. Herr Lucas hat die Erfahrung 1886 an einem Verbandsmitgliede gemacht, derselbe wurde später Faktor und ist es noch. Hoffentlich weiß er nun, wie sein Brotgeber über derartige Charaktere denkt. Wir werden die Sammlung der historischen Aussprüche von Eberfelder Prinzipalen fortsetzen und später weiter berichten.

Bernburg. Den Hauptpunkt der am Sonnabend den 26. September abgehaltenen Monatsversammlung des hiesigen Ortsvereins bildete der „Bericht über die Einführung des neuen Tarifes“. Wenn auch das von der Tarifkommission und den Gehilfen der einzelnen Druckereien entworfene Bild kein glänzendes ist, so ist doch schon ein Vorwärtsschreiten in der Tarifeinführung zu verzeichnen. So arbeiten nach tarifmäßiger Zeit die Druckereien D. Dornblüth, M. Wieprecht, J. Höpferer Bwe., A. Meyer und Querschfeld & Sohn. Aus den Druckereien A. Öhner, Th. Hebenreich und D. Kefsehl, welche ohne Gehilfen arbeiten, war bis jetzt noch nichts Näheres in Erfahrung zu bringen. 10% bzw. 11 Stunden arbeiten die Druckereien Mfr. König und C. Bergmann Nachf. Die Firma Mfr. König hat sich, trotz zweimaligen Vorgesprechens der Tarifkommission, auf nichts eingelassen, sondern die behandelten Forderungen rundweg abgelehnt, mit der Motivierung, daß nicht auf einmal die Arbeitszeit von 10% auf 9 1/2 Stunden reduziert werden könnte, die Lehrlingszahl dagegen noch um einige vermehrt, so daß sie jetzt die tägliche Zahl 14 bei 3 Gehilfen erreicht hat. Ueberhaupt sieht das Verhältnissen, wie untenstehende Statistik zeigt, hier in voller Blüte. Die tarifmäßige Bezahlung läßt auch zu wünschen übrig: vollständig herrscht selbst nur in der Dornblüth'schen Druckerei. Es wäre zu wünschen, daß unser Kreisvertreter sich einmal an die weigernden Firmen wenden würde, da unsere Hilfsmittel erschöpft sind. Auch die Ausständigung der neuen Tarife ist nur teilweise geschehen; mögen diese Zeilen vor allem dazu beitragen, daß endlich den Auforderungen von Seiten der Gehilfenvertreter und des Tarif-Ausschusses Gehör geschenkt wird.

Namen der Firma	Gehilfen		Vehrlinge		Bezahlung über Minimum		Ertra-stunden	Arbeitszeit
	Eber	Druck	Eber	Druck	über	unter		
Alfred König...	4	1	12	2	2	1	30 u. 40	10 1/2
Meyer's Erben...	9	—	7	—	1	3	35 u. 40	9 1/2
D. Dornblüth...	6	1	4	2	2	5	40	9 1/2
M. Wieprecht...	3	1	9	—	—	2	werden nicht bez.	9 1/2
J. Höpferer Bwe.	8	1	2	—	1	1	35 u. 40	9 1/2
A. Querschfeld...	—	1	1	—	—	1	—	9 1/2
A. Öhner...	—	—	—	—	—	—	—	?
Th. Hebenreich...	—	—	—	1	—	—	—	?
C. Bergmann...	—	1	—	—	—	1	—	11 1/2
E. Durdhardt...	2	1	1	1	—	—	30 u. 40	9 1/2
D. Kefsehl...	—	—	—	—	—	—	—	?

¹ Einsch. 1/2 Stunde Frühstückspause. — ² Aussch. je 1/2 Stunde Frühstücks- und Vesperpause. — ³ Aussch. 1/4 Stunde Frühstücks- und 1/4 Stunde Vesperpause. — ⁴ Aussch. 1/2 Stunde Frühstücks- und 1/2 Stunde Vesperpause. — ⁵ Aussch. 1/2 Stunde Frühstücks- und 1/2 Stunde Vesperpause. — ⁶ Aussch. 1/2 Stunde Frühstücks- und 1/2 Stunde Vesperpause. — ⁷ Aussch. 1/4 Stunde Frühstücks- und 1/4 Stunde Vesperpause. — ⁸ Aussch. 1/4 Stunde Frühstücks- und 1/4 Stunde Vesperpause.

Unter „Sonstiges“ wurden zwei Resolutionen, den Ausschluß Gafchs und Genossen betreffend, eingebracht, welche folgenden Wortlaut hatten: 1. „Der am 26. September versammelte Ortsverein Bernburg des B. d. D. erklärt sich mit dem Vorgehen des Zentralvorstandes betr. Ausschluß Gafchs und Genossen vollständig einverstanden, da dieselben vorzüglich durch Herausgabe der B.-W. den Verband zu schädigen suchen, und daß es als Pflicht und Recht des Vorstandes anerkannt werden muß, solche Elemente, die in der eignen Organisation den Berechtigungsprozess herbeiführen wollen, von derselben auszuschließen.“ — 2. „Die am 26. September tagende Versammlung brüdt ihr tiefstes Bedauern über den Willkürakt seitens des Zentralvorstandes aus und erwartet schleunigst Zurücknahme des Ausschlusses unserer fähigsten Kollegen. Gleichzeitig erwartet die Versammlung, daß mit dem Antritte des neuen Redakteurs der freie Meinungsaustrausch im Corr. gestattet ist, damit die neu gegründete B.-W. beschwunden.“ Es entspann sich hierüber eine längere Debatte. Bei der Abstimmung wurde die erstere Resolution mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt, die letztere mit 11 gegen 6 Stimmen angenommen. Zu bedauern ist, daß viele Gehilfen kein richtiges Bild von der Sachlage haben, und daß bei derartigen Abstimmungen nach dem alten Sprichwort: „mit den Wölfen muß man heulen“ verfahren. — Nach Besprechung einiger engerer Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung mit dem Wunsch, mehr als bisher den statistischen Beschläßen zu folgen und kräftig Mann an Mann für die vollständige Einführung des neuen Tarifes zu sorgen und hilfsbereit den Kreisvertretern sowie dem örtlichen Vorstande zur Seite zu stehen, geschlossen.

F. Leipzig, 11. Oktober. Eine am Donnerstag Abend im Koburger Hof abgehaltene, von etwa 200 Schriftgelehrergehilfen besuchte Versammlung nahm den Bericht der Kommission entgegen, betr. die Verhandlungen über den neuen Tarif mit den Schriftgelehrerbestimmern. Derselbe teilte mit, daß sich die Prinzipalkommission den Forderungen der Gehilfen nicht abgeneigt gezeigt hätte und den Entwurf des Tarifes, welcher im allgemeinen eine prozentuale Aufbesserung besagt, in den meisten Positionen, sowie auch die verkürzte Arbeitszeit auf neun

Stunden anerkannt haben, jedoch in einigen Fällen eine Einigung nicht erzielt wurde. Von den Prinzipalen sei angeführt worden, schon jetzt würden höhere Preise gezahlt als in anderen Gießstädten, hauptsächlich aus Frankfurt a. M. und Stuttgart sei hingewiesen, welche die größte Konkurrenz machten. In der nun folgenden Debatte sprachen sich die Redner dahin aus, auch an den beanstandeten Positionen festzuhalten und den neuen Tarif am 1. November d. J. einzuführen. Die Versammlung beschloß demgemäß und erteilte der Kommission den Auftrag, weitere Verhandlungen einzuleiten und in einer demnächst stattfindenden Versammlung über das Ergebnis zu berichten. Mit einem Appell an die Solidarität erfolgte um 12 Uhr Schluß der Versammlung.

Mains. Samstag den 7. Oktober fand eine Bezirksversammlung statt; dieselbe war — trotzdem seit Juli keine mehr abgehalten wurde, um die Mitglieder nicht zu überlasten — nur mittelmäßig besucht; es wäre endlich an der Zeit, daß sich die hiesigen Kollegen aufrufen und in den Versammlungen mit Rat und That den Vorstand unterstützen. — Unter Punkt „Geschäftliches“ wurden drei Aufnahmen vollzogen und die Statistik pro Monat August verlesen. — Zu Punkt 2, „Zur gegenwärtigen Lage“, gab der Vorsitzende ein Bild von der verwirrenden Handlungsweise Gajochs und der Mitterunterzeichner der B. W. Er hält das Vorgehen des Zentralvorstandes für vollständig gerechtfertigt. Es entspann sich über diesen Punkt eine sehr erregte Debatte, in welcher die Kollegen Bente, Knecht, Wilhelm und Bech für, Kollege Harasin gegen das Vorgehen des Zentralvorstandes Partei ergriffen. Eine vom Kollegen Harasin eingebrachte Resolution, welche zwar den Ausschluß Gajochs billigt, den der Mitterunterzeichner dagegen verurteilt, wurde mit 24 gegen 2 Stimmen abgelehnt, dagegen wurde folgende vom Kollegen Bente eingebrachte Resolution: „Die am 3. Oktober im Weihen Röschentagende Bezirksversammlung stellt sich nach wie vor auf den Boden der Beschlüsse der Generalversammlung und verurteilt auf das Entschiedenste die Gründung der B. W.; es mögen die Förderer derselben auch die Konsequenzen tragen“, mit 22 gegen 3 Stimmen angenommen. Bei Punkt 3 wurde als Delegierter zum Gewerkschaftsartikel Kollege Harasin wiedergewählt. — Unter „Verschiedenes“ ergriff Kollege Vorn das Wort und gab Aufklärung über die im Typographen durch den Vorstand des hier vegetierenden Gutenberg-Bundes gebrachten Anschuldigungen, er habe sich seiner Zeit, als er das Amt eines Bezirksvorsitzenden inne hatte, von zwei Kollegen, welche die Unterfertigung bezogen, einen Schuldschein ausstellen lassen und sich so einen materiellen Vorteil ergattern wollen. Dieses geschah mit Wissen von Gau- und Zentralvorstand und zwar aus folgenden Gründen: In einer Druckermit Zeitungsvorlage, die wegen pelamärer Verhältnisse und Abonnenten-Schwindsucht auf dem Aussterbe-Stad stand, brach ein Streit wegen Tarifverhältnissen aus und hörten sämtliche dort arbeitende Mitglieder seiner Zeit auf, worunter auch die beiden erwähnten. Nun hatten aber dieselben schon eine Kondition im Saal und zwar in einem Konkurrenz-Unternehmen, das bei einem Prinzipale hergestellt werden sollte, wo damals keine Verbandsmitglieder beschäftigt wurden. Um nun eine Gewähr zu haben, daß diese beiden „Mischkollegen“ nicht die Unterfertigung nehmen, um dann doch als „Schuster“ diese Kondition anzunehmen, wurde der Redner verlangt. Also verurteilte Herr Gutenberg-Vorstand, nur keine Verhängnisse, es hatte lediglich nur den Zweck, unsere Kasse vor Ausbeutung und vor solchen Mißverhältnissen zu schützen. Ferner forderte noch Faktor Edelhas die Faktoren, welche Mitglieder des Verbandes seien, auf, dem neugegründeten Faktorenbereine nicht beizutreten, da der einzige Verein, der die Interessen der Buchdrucker voll und ganz vertrete, der Verband sei. (Bravo!) Der Vorsitzende schloß hierauf die Versammlung.

L. Münden. (Monatsversammlung des Ortsvereins am Samstag dem 10. Oktober.) Nach Verlesung und Genehmigung des Protokoll der letzten Versammlung wurden zunächst 16 Kollegen ohne Widerspruch in den Verband aufgenommen, während eine Aufnahme (Aufnahmesuchender ist Mitglied der Prinzipal-Klasse) vorläufig zurückgestellt und eine weitere Aufnahme abgelehnt wurde. — Des weitern wurde ein Mitglied wegen Verstoßes gegen § 5b des Verbandsstatuts aus der Mitglieder-Liste gestrichen. Bezüglich des Ausschlusses eines weiteren Mitgliedes, das sich zur Zeit in Bogen zur Kur aufhält, daßelbst jedoch einen andern Beruf ergriff, trotzdem aber das Krankengeld vom Vereine weiter beziehen will, fand ein Antrag Annahme, nach welchem die Auszahlung des Krankengeldes einstweilen sistiert und weitere Recherchen einzuleiten seien. — Unter Vereinsmitteilungen teilte sodann der Vorsitzende mit, daß das Gesuch des Kollegen S., bei seiner eventuellen Wiederaufnahme die Karenzzeit zum Besuge der Invalidenunterstützung herabzusetzen, vom Gauvorstand abschlägig beschieden worden sei. — Die Druckkosten für die für Münden angenommene Statistik werden von der Versammlung anstandslos bewilligt. — Nachdem der Vorsitzende noch die Laßite des Abtuns und Abmeldens bei Beginn und Ende der Arbeitslosigkeit, wodurch dem Bernalter bedeutende Schwierigkeiten und Ungelegenheiten bereitet würden, gerügt, ging derselbe an der Hand der aufgenommenen Statistik auf die Tarifverhältnisse in Münden über und verwies die Mitglieder auf die in den nächsten Tagen

zur Verteilung gelangende Statistik. Nach einem kurzen Schlußworte schloß der Vorsitzende die im Gegensatz zu ihren Vorgängern ruhig und sachlich verlaufene, von etwa 130 Mitgliedern besuchte Versammlung um 1/2 10 Uhr.

s. Norden (Ostf.). Nicht lange ist es her, daß aus unserm Orte berichtet wurde, es sei hier kein Verbandsmitglied. Das hat sich diesen Sommer glücklicherweise geändert. Nach und nach ist es doch dahin gekommen, daß eine Mitgliedschaft von sechs Mann entstand. Für zwei nacheinander abgereifte Mitglieder hatten wir Ersatz durch Neuaufnahmen zu verzeichnen. Jetzt ist aber leider die Zahl der Mitglieder auf fünf zurückgegangen, von denen zwei auch noch in Kündigung stehen. Hoffen wir, daß auch dafür Ersatz kommt, denn es thäte wahrlich not, daß hier eine kräftige Mitgliedschaft entstände. Im folgenden sei eine Schilderung der überaus traurigen Verhältnisse gegeben. Es bestehen am Orte 4 Druckereien, wovon die eine nur 1 Lehrling (Sohn des Prinzipals) beschäftigt. Die Arbeitszeit beträgt in sämtlichen Druckereien 10 Stunden. Die Druckerei von Diebr. Soltan (Ostf. Kurier) beschäftigt z. B. 14 Sezer, 2 Maschinenmeister, 3 Sezerlehrlinge, 1 Bruderlehrling. Der höchste Lohn beträgt 21 Mk., der niedrigste sage und schreibe 12 Mk. Leptern Lohn erhalten 2 Sezer sowie der erst kürzlich ausgelernte zweite Maschinenmeister, welcher auch noch dreimal wöchentlich ohne Entschädigung Ueberstunden bis 12 Uhr nachts machen muß. Dann folgen Löhne von 13, 15, 16, 19 und 20 Mk. Die Lehrlinge müssen an den Abenden, an welchen die dreimal wöchentlich erscheinende Zeitung gedruckt wird, von 8 resp. 9 Uhr bis 11 oder 12 Uhr sitzen, obwohl sie noch keine 16 Jahre alt sind. Bis jetzt wurde noch niemals gegen diese Geselzwidrigkeit eingeschritten. Während der Sommerferien sind in der Zentrale auf der Insel Nordney auch 2 Sezer beschäftigt, von denen der eine 10 Mk. Lohn bei freier Station erhält. Dafür mußte er täglich im Durchschnitt 14 Stunden arbeiten. Kost und Logis läßt auch zu wünschen übrig. — Die Druckerei C. Schaepe, in welcher eine topflose Zeitung unter den Titeln: Ostfriesisches Anzeigenblatt, Nordneyer Kurier und Zuffler Bade-Zeitung erscheint, beschäftigt 1 Gehilfen und 3 Lehrlinge. Der betreffende Kollege steht jetzt in Kündigung wegen nichtwilliger tarifmäßiger Bezahlung. — In der Buchdruckerei J. Biermann (Ostfriesische Dorfzeitung) sind 1 Sezer und 2 Lehrlinge beschäftigt. Ersterer hatte bisher einen Lohn von 16 Mk., stand auch in Kündigung, hat diese aber zurückgezogen, weil ihm ein Lohn von 20 Mk. bewilligt wurde. — Es wäre die höchste Zeit, daß sich die hiesigen Kollegen endlich aufrufen, um durch Anschluß an den Verband bessere Zustände zu erringen.

*** Würzburg.** Die Strafkammer des hiesigen Landgerichts hat am Montage dem 12. d. M. ebenfalls entschieden, daß das Wort „Streikbrecher“ eine Verleumdung sei, weil die damit benannten Arbeiter den anderen gegenüber verächtlich gemacht werden sollten. Die Verhandlung drehte sich um den seiner Zeit hier ausgetragenen Streit in der Richterischen Druckerei, bei welchem ein Steinbrücker den eingesperrten Krausreichern obige und noch einige andere Titulaturen nachrief. Die Staatsanwaltschaft wollte diese Unthat mit sechs Monaten Gefängnis gerochen wissen, der Gerichtshof hat es aber um vier Monate billiger. Bemerkenswert ist dabei, daß der Steinbrücker bereits drei Monate in Unterjüngerschaft sitzt, weil er an einer Prügelei beteiligt gewesen sein soll, in der den Krausreichern die Köpfe gewaschen wurden. Die Staatsbehörde wollte, da außer dem Steinbrücker noch etwa 200 Personen dabei waren, daraus einen Landfriedensbruch konstruieren, was jedoch mißlang.

Berlin. Wir erhalten folgende Richtigstellung: In Nr. 119 des Corr. vom 10. Oktober 1896 befindet sich der Bericht der Vereinsversammlung vom 30. September in Berlin, in welchem es ziemlich am Schluß heißt:

(Bei der Debatte über diesen Punkt ist der Ausspruch des Kollegen Köhl bemerkenswert, welcher hervorhob, daß der Vorstand nicht allzu stolz auf diesen Sieg zu sein brauche, außerdem auch nicht glauben sollte, daß es jetzt Ruhe gebe. So, beehrte Kollegen, denkt ein Teil der „starken Opposition“ in Berlin. D. Schr.)

Ich habe dazu folgendes zu erklären: In obigen Worten habe ich nur meine Meinung zum Ausdruck gebracht und wollte damit sagen: „... Glauben Sie (zum Gauvorstande gewandt) nicht, daß jetzt, nachdem Sie wieder gewählt sind, Ruhe eintreten wird, wenn nicht Ihrerseits der Ausschluß des Kollegen Gentel zurückgenommen wird. (Erfreulicherweise ist es ja bereits geschehen.) — In einer der letzten Vereinsversammlungen erklärte nämlich der Berliner Gauvorstand, daß er den Ausschluß des Kollegen Gentel nicht zurücknehme, sondern daß dies Sache des neu zu wählenden Vorstandes sein werde. Da nun der alte Vorstand wieder gewählt ist, so nahm ich an, daß er auf seinem alten Standpunkte stehen bleiben würde. — Daher meine obigen Worte in der Vereinsversammlung. — Auf den Schlußsatz betr. der „starken Opposition“ in Berlin will ich nicht weiter eingehen. Nur eins: Bittern beweisen.

Berlin. A. Köhl.

Rundschau.

Buchdruckerei und Verwandtes.

Wie man sich hier in Leipzig erzählt, soll demnächst dem Igl. Landgericht über die Niderträchtigkeit unsers Verbandsvorstandes ein ausführlicher Vortrag gehalten werden. Der Stoff, der bereits in ausgiebiger Weise vor, während und nach der Generalversammlung verparat worden ist, soll durch einige „Novitäten“ bereichert, nochmals verarbeitet und damit dem hohen Gerichtshofe bewiesen werden, welche schlechte Kerle der Verband der Deutschen Buchdrucker an seiner Spitze hat. — Herr Gajoch hat nämlich gegen das Urteil des Schöffengerichtes Berufung eingelegt.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei in Solingen sendet uns die Nr. 117 bis 119 der „Bergischen Arbeiterstimme“ mit dem Ersuchen, gemäß der im letztern Blatt enthaltenen Darlegungen über den Ausstand der Sezer dieser Zeitung unsern Bericht über diese Angelegenheit richtig stellen zu wollen. Das können wir nun ohne weiteres nicht, wenngleich wir uns des Eindruckes nicht erwehren können, daß beiderseitig etwas über die Schnur gehauen wurde. Es wäre zu wünschen, daß sowohl die Geschäftsleitung wie die betr. Kollegen die gemachten Fehler einsehen möchten, damit diese unerquickliche Angelegenheit beseitigt werden kann. Die Sezer wären ja doch gehalten gewesen, die Zeitung ohne Bezahlung der Ueberstunden fertig zu stellen, warum dann gar so sehr es den bürgerlichen Geschäften nachahmen, und — noch dazu an einem Montag — wegen einer feuchten Stimmung, in der man ja auch nicht alles auf die Goldwaage legt, gleich die äußersten Konsequenzen ziehen. Das Gewerbegericht hat zwar die Klage der Sezer kostenfällig abgewiesen. Leicht erklärlich. Es genügt zur Abweisung einer Klage schon einfache Verhältnisse gegen die Hausordnung (eine solche scheint in der Praxis bei der Genossenschaftsbuchdruckerei dahin bestanden zu haben, daß sie lediglich einen halben Liter Bier zum Frühstück geholt wissen will); es kommt ja vor, daß in einem Geschäft bei Gewährung größerer Freiheiten für das Personal zuweilen auch ein Mißbrauch geschieht, da wird eben auch anderswo — wir wissen dies aus Erfahrung — ein Auge zugebückt, und schließlich kommt alles wieder ins richtige Geleise. Wie gesagt, gefehlt haben unsere Kollegen auch, und wenn dies eingesehen wird, dann wird auch die Genossenschaftsbuchdruckerei einen Pfloß zurück faden. Die Beschäftigung von unorganisierten Arbeitern ist nach allen Seiten hin zu verurteilen. Mit demselben Rechte (die Zeitung müsse erscheinen) kann jede Druckerei auch in anderen Fällen eine solche Maßnahme verteidigen. Wir sind viel zu wenig unterrichtet, um definitiv behaupten zu können, wer der Schuldige bei dem ganzen Streit ist, aber zur Beilegung des Streites möchten wir entschieden beiden Tellen raten. Die Entrüstung über die sechszehn Liter Bier kann doch diese tiefgehenden Auseinandersetzungen nicht veranlassen haben. Es müssen da doch auch Dinge mitgespielt haben, die unter der Oberfläche verborgen lagen und dem Fernstehenden nicht so leicht ersichtlich sind. Gerade eine Einigung mit dem Personale liegt auch im Interesse der B. A., wie klar und deutlich aus ihrem Bericht über die Volksversammlung hervorgeht.

Nach über dreißigjährigem Bestande der deutschen Gewerkschaften debattiert man in neuester Zeit über die Aufgaben der Gewerkschaften, als hätte man in dieser langen Zeit noch gar nicht darüber nachgedacht, zu welchem Zwecke denn eigentlich die Gewerkschaften gepflegt werden. Viele derselben mögen glauben, nach dem Goethe-Sprüche „Du kannst im Kleinen nichts erreichen und fängst es nun im Großen an“ mit Zufußnahme der Parteipolitik ihr Licht besser leuchten lassen zu können. Das wird ihnen aber nicht helfen. Eine Gewerkschaft hat nur einen Zweck, wenn sie die Erörterung politischer Fragen den politischen Parteien überläßt und sich lediglich mit den Arbeitsbedingungen und was damit zusammenhängt befaßt. Diesen Weg haben die Buchdrucker bisher eingeschlagen und sie befinden sich damit in guter Gesellschaft: Der englische Gewerkschaftskongress nahm eine Rede des Vertreters der Schuhmacher mit allgemeinem Beifall auf, in welcher betont wurde, daß es für die Gewerkschaften notwendig sei, die Parteipolitik aus denselben fernzuhalten. In gleichem Sinne sprach sich ein Gewerkschaftskongress in Tours aus, indem er zwar einen internationalen Gewerkschaftskongress befürwortete, aber mit Ausschluß aller politischen Organisationen.

Die Oesterr.-ungar. Buchdrucker-Zeitung klagt in einem Letter über die Konkurrenz aus Deutschland. Nicht genug, daß öfter Buchhändler aus eignem Antriebe gern in den billiger arbeitenden deutschen Druckereien ihre Drucksachen herstellen ließen, sie würden auch noch mit Angeboten überschwenmt, die Preise auszuweisen, welche schon auf den ersten Blick es dem Wiener Buchdrucker ausgeschlossen erscheinen lassen, in Konkurrenz zu treten, da es nicht möglich wäre, die Arbeiten selbst bei dem ebenfalls minimalsten Verdienste in derartigen Berechnung herzustellen. Das hält natürlich die Wiener Prinzipale nicht ab, vorkommendenfalls in Gemeinschaft mit ihren deutschen Kollegen zu Felde zu ziehen, wenn es gegen die Arbeiter geht, die doch eigentlich weiter nichts wollen, als solch ungesundes Verhältnis bündig zu schieben.

Die Vorbereitungen zur Feier des fünfundsiebzigjährigen Geburtstags Gutenberg's, welche im Jahre 1900 in Mainz stattfinden und einen internationalen Charakter

tragen soll, werden im November d. J. beginnen und zwar zunächst durch Bildung eines aus Deutschen und eventuell auch Ausländern bestehenden Komitees.

Das Perlesche Adreßbuch für 1896/97 gibt die Zahl der Buchdrucker in Österreich-Ungarn auf 1443 an. Lithographische Anstalten gibt es nach derselben Quelle 442, Schriftgießereien 51, xylographische Anstalten 43, chemographische Anstalten 49, Kupferstecher und Holzschnitt 17, Kupferdrucker 25, Papierfabrikanten 79, Bezugsquellen für Buch- und Steinbrucker 60. Zeitungen sind 1928 aufgeführt, welche in 15 Sprachen und an 302 Orten erscheinen, davon 1086 in deutscher, 350 in tschechischer, 186 in ungarischer, 107 in polnischer, 70 in französischer Sprache, 129 in anderen Idiomen. Die vorstehenden Biffern geben betreffs der Zeitungsliteratur kein erschöpfendes Bild, es sind nur die hervorragendsten Blätter aufgeführt.

Aus Frankreich. Der Buchdrucker-Gesellenverein in Dijon hat auf sein Ansuchen vom Municipalrat dieser Stadt einen Zuschuß zur Konditionslosentasse erhalten. Ferner hat derselbe Verein dem Präfecten und den Generalräten des Departements eine umfangreiche Denkschrift überreicht, worin das gegenwärtig gebräuchliche Submissionsverfahren auf befördliche Druckfachen bekämpft und das Verlangen gestellt wird, dergleichen Druckarbeiten vom 1. Januar an in Regie zu vergeben. Ein von Sachmännern gebildeter Ausschuß würde die Feststellung der übertragenen Arbeiten überwachen und genehmigen. — In Grenoble sind bereits die Druckarbeiten der Stadt auf die Dauer von sechs Jahren an einen aus Prinzipalen und Gesellen zusammengesetzten Ausschuß vergeben worden. — In Bourges bestimmte der Schöfferrat, daß alle Arbeiten der Stadtbehörde nur solchen Unternehmern überlassen werden dürfen, die sich verpflichteten, tarifmäßig zu bezahlen; in Ortschaften, wo noch kein Tarif besteht, ist ein solcher zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu vereinbaren. — In Velfort hat die Polizei die Abhaltung eines „gemüthlichen Abends“ im Vereinslokale der Buchdrucker zu Ehren des auf der Durchreise begriffenen Kollegen Hamelin, Mitglieds des Verbandes vorhands, unteragt.

Presse und Literatur.

Das Vereinsblatt der Lederarbeiter erscheint vom 15. Oktober ab unter dem Titel Lederarbeiter-Zeitung, Organ für die Interessen aller in der Lederfabrikation beschäftigten Arbeiter.

Das Landgericht Stettin hat in einer Prozesssache der Presse das Recht zugesprochen, Mißstände — im vorliegenden Falle handelte es sich um die Schulverwaltung — zur Sprache zu bringen. Es sei dies sehr oft der einzige Weg, um Abhilfe zu schaffen.

Verstorben in Berlin im Alter von 83 Jahren der Publizist Dr. Ludwig Benz; er gab erst in Hamburg den Freischütz heraus, der in der deutschen Auerbach der vierziger Jahre eine Rolle spielte und Querbach, Gutzkow, später Feodor Döhl und Stettensheim zu seinen Mitarbeiter zählte. Auch das illustrierte Blatt Omnibus hatte Benz in's Leben gerufen. Später gründete er in Berlin den Literaturverein.

Verurteilt. Das in Berlin unter dem geschmackvollen Titel Große Schnauze erscheinende Witzblatt hat den Minister der öffentlichen Arbeiten beleidigt. Die Anklage wollte dies mit sechs Monaten Gefängnis bestrafen, der Gerichtshof begnügte sich aber mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des angelegten Debatteurs mit 300 Mk. — Die fortgesetzte Aufforderung der Volkzeitung, kein Speierer Bier zu trinken, bis der Streik daselbst zu Ende ist, wurde vom Schöffengericht in Mainz als grober Unfug angesehen und mit 20 Mk. bestraft. — Der Redakteur Keil vom Säch. Volksblatt hat einen Monat Gefängnis zu verbüßen wegen Beleidigung eines Ortsamtsdauer Stadtverordneten. — Die Breslauer Volkswacht hatte in einem Artikel gesagt, daß die Landarbeiter wegen ihrer schlechten Lage oft zum Diebstahl greifen müßten. Das war nach Ansicht der Staatsanwaltschaft mit sechs Wochen Gefängnis zu bestrafen grober Unfug. Das Schöffengericht begnügte sich mit 100 Mk. Drei Veröffentlichungen in Sachen des Dresdener Hutmachersstreiks waren auf 180 Mk. taxiert. Das Urteil lautete auf 50 Mk. Letzteres betonte, daß die Warnungen nicht von den beteiligten Arbeitern, sondern von dritten Personen ausgegangen seien. In einer Beilagsache, betr. deren das Schöffengericht auf Freisprechung erkannt hatte, beantragte der Staatsanwalt vor dem Landgerichte 100 Mk., dieses erkannte aber ebenfalls auf Freisprechung.

Die Bäder-Zeitung, welche einem Bädermeister in Abbau, der behauptet hatte, er käme mit neunstündiger Arbeitszeit ganz aus, nicht anders bekommen konnte, als daß sie ihm nachsagte, er bezahle seine Wechsellieferanten nicht und sei mit Hinterlassung einer ziemlich großen Schuldenlast verduftet — sowohl das eine wie das andre war erfunden —, hat dies jetzt mit 1000 Mk., die sie an den Abbauer als Entschädigung zu zahlen, und der Bezahlung sämtlicher Kosten zu büßen. Wäre kein Vergleich zu Stande gekommen, so hätte es wohl auch noch Gefängnis gegeben.

Literarische Eingänge.

Zur guten Stunde. Illust. Familien-Zeitschrift. Biergegnäßig ein Heft für 40 Pf. Berlin, Deutsches Verlagshaus Borg & Co. X. Jahrg., 4. Heft.

Öffentliches Leben. Sozialreform, Volkswirtschaft. Die Arbeiter-Bildungsschule in Berlin, welche sich die Heranbildung von brauchbaren rednerischen und

Verwaltungskräften für die Arbeiterorganisationen, besonders auch für die Gewerkschaftsbewegung zum Ziele gesetzt hat, gibt ihren Lehrplan bekannt. Derselbe besteht in Deutsch, Naturwissenschaft, Geschichte, Nationalökonomie und Nebelübungen.

In Krefeld bezahlte die Stadtverwaltung den arbeitslosen Webern während der Zeit der Beschäftigungslosigkeit die Krankenlohnbeiträge.

Im Staate New York trat am 1. September das Mercantile Establishment Law, ein Gesetz zum Schutze der jugendlichen Arbeiter, speziell des weiblichen Geschlechts, in Ladengeschäften in Kraft. Dasselbe regelt die Arbeitszeit und trifft Vorkehrungen, daß den jungen Leuten nicht mehr zugemutet wird, als sie nach allgemeinem menschlichen Ermessen vertragen können.

In New York landeten im letzten mit Juli abgelaufenen Jahre 250 072 Einwanderer. Italien stellte 66 445 (dabon 30 728 des Lebens und Schreibens unkundige), Ungarn 52 085, Rußland 39 859, England 35 226, Deutschland 24 230, Scandinavien 22 978, die Türkei und Griechenland 6249.

Industrie und Gewerbe.

Die Uhren- und einige andere Fabrikanten in Wültingen haben ohne äußeren Zwang eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde eintraten lassen.

Die Vereinigten Gummiwaren-Fabriken Harburg-Wien waren im vergangenen Jahr 25 Prozent Dividende ab — jetzt hat die Direktion eine erhebliche Lohnkürzung eintraten lassen. Solcher Prostitutionen verdiente eine exemplarische Bestrafung, denn es handelt sich hier auch um eine Art unlauteren Wettbewerbes.

Berlin, Kassen usw.

Die vielumstrittene Frage der Berücksichtigung zur Erhebung von Eintrittsgeldern bei Vereinstreffen hat das preussische Kammergericht dahin entschieden, daß diese Berechtigung nicht anzuzweifeln und daher solche Feste, da sie als öffentliche nicht anzusehen, auch keiner polizeilichen Erlaubnis bedürfen. — Auch daß die Polizeistunde für geschlossene Gesellschaften, sofern diese in von den Schenkräumen getrennten und für die Vereinszwecke eigens gemieteten Räumlichkeiten tagen, keine Gültigkeit hat, hat das Kammergericht von neuem kundgegeben. Hoffentlich richten sich nun die Polizeibehörden darnach.

Die sozialorganisierten Arbeiter planen die Abhaltung eines Kongresses, der am 25. Dezember in Barmen stattfinden soll.

Der Bürgermeister in Meerane ist noch immer bestrebt, sich bekannt zu machen. Er begnügte sich nicht mit dem Verbote der Versammlungen, in welchen der Abgeordnete Nebel sprechen sollte, auch nicht mit dem Militärboykott, der den Austritt von sieben Militärveteranen aus dem sächsischen Militärvereinsbunde zur Folge hatte, sondern handelte jetzt auch mit der Feuerwehrr. Er verbietet nämlich die Vergnügen derselben und zwar nachdem sich die Teilnehmer bereits eingefunden, weil das betr. Lokal mit dem Militärverbote belegt ist, ferner eine Versammlung der Feuerwehrr, welche über diesen Fall verhandeln sollte. — In Kiel wurde der Leses- und Disputierklub Freiheit polizeilich aufgelöst, weil er sich mit sozialpolitischen und wissenschaftlichen Fragen beschäftige und Frauen als Mitglieder aufgenommen habe.

Arbeiterbewegung.

Der § 153 der Gewerbeordnung soll nur dann in Anwendung kommen, wenn die Absicht vorliegt, jemand von der Arbeit abhalten zu wollen. Das wird nun nicht eben allenthalben genau genommen. Die Richter nehmen sehr oft diese Absicht an, weil sie im Arbeiterleben nicht so zu Hause sind wie es bei Beurteilung der einschlagenden Vorkommnisse notwendig wäre. So muß ein Hutmacher in Berlin acht Tage Gefängnis verbüßen, obwohl der Beleidigte selbst kein Gewicht auf die ihm gegenüber gebrauchten Ausdrücke legte, jedenfalls aber nicht annahm, daß der Verurteilte ihn habe von der Arbeit abhalten wollen. — In München sollten zwei Schächlerfrauen sich gegen den § 153 vergangen haben, weil sie zweien während des Streiks arbeitenden Schächlern gegenüber Ausdrücke wie Hungerleiber, Streikbrecher usw. gebraucht. In diesem Vorgange konnte auch das Gericht keine Aufforderung zum Streik erblicken, erkannte aber auffälliger Weise auf groben Unfug, der mit drei Tagen Haft zu bestrafen sei.

Von den Buchbindern in Hamburg-Altona arbeiten 470 in mehr als 50 Geschäften zu neuen Bedingungen (neun Stunden, Mindestlohn 21 Mk. für Arbeiterinnen 9 Mk.).

In der Tuchfabrik von Peters in Eupen wurde die Arbeit nach sechswochentlichem Stillstande zu den früheren Bedingungen wieder aufgenommen, jedoch wurden Vorkehrungen getroffen, durch welche eine Schädigung der Arbeiter ausgeschlossen ist. — Der Streik in der Obfischen Euteisfabrik in Eisenberg (Mtenburg) endete zu gunsten der Arbeiter.

Die Arbeit stellten ein in Berlin die Arbeiter (Wärter usw.) der Firma Warthauer Nachf., ferner die der Schuh- und Pantoffelfabrik Hamann & Co., diese wegen Lohnkürzung und Maßregelung, in Königsberg bei Straburg die Schlosser der Maschinenfabrik Schneiber, Jaquet & Co., in Intra (Oberitalien) sämtliche Hutmacher.

Briefkasten.

3. in München: Da es der Wahrheit widerspricht, lassen wir sie damit freiben gehen. Uns thut's nicht weh. Im übrigen keine Zeile darüber. Wirkliche Freunde

lassen trotzdem nicht locker. — W. in Berlin: Rehr. Für bedrucktes Papier vom Schläge des Typ. haben wir keine andre Verwendung als die im „Neuen Wintermärchen“ angegebene über den Bericht vom Mitfahrerkongresse. Dieses anmaßende „Wir sind auch noch da“ wird durch das summarische Verfabren eines wohlgezielten Fuhtrittes zwischen die Flügel des Bratenrodes stets wieder auf den thatsächlichen Wert zurückgeführt. — W. F. in Bernburg: Ist unrichtig, die Verbandsmitglieder haben nichts zu begehren. — F. P. in Weimar: 1 Mk. erhalten. — R. P. in Berlin: 1,60 Mk. — E. B. in Erfurt: 3. — M. — D. Sch. in Dresden: Noch 1,75 Mk. — W. B. in Berlin: Sie haben sich an eine falsche Adresse mit Ihrer Reklamation gewandt, dafür ist nur das Postamt in Berlin zuständig. — S. in Nürnberg: Vermutung war richtig. Bedauern sehr. Besten Gruß! — W. in Bern: Sobald als möglich. — Schlesswig-Holstein: Wird aufgenommen. — S. in Berlin: War selber immer noch nicht mäßig. Unsere Freunde müssen eben warten. Setze letzte Nummer unter „Rundschau“. — St. in Homburg und G. in Weitzen: Senden Sie wegen der bei Härtel nicht angekommenen Briefe Kaufzettel. — E. Sch. in Berlin: 1,50 Mk. erhalten.

Verbandsnachrichten.

Erzgebirge-Vogtland. Folgende Mitglieder werden erucht, sich innerhalb 14 Tagen behufs Regelung ihrer Beiträge beim Gauassessor Rinnus Kraft in Chemnitz, Sonnenstraße 59, zu melden, widrigenfalls Ausschluss erfolgt: Th. Becker, Dr. aus Leipzig, Max Richard Pfeiffer, Schm. aus Ottendorf, Wilhelm Rodner, S. aus Berlin, Gottlieb Wenzel, Dr. aus Gr. Wartenberg und Otto Ziegelmater, S. aus Hochstetten.

Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona. Sonntag den 18. Oktober, vormittags 10^{1/2} Uhr: Sitzung des Wohlthätigkeitskomitees.

Schlesien. Sonntag den 18. Oktober, vormittags 11 Uhr, findet eine Bezirksvorsteher-Konferenz statt. Versammlungsort: Stadt Danzig, Schmiebedrücke 58. Hierzu werden alle Kollegen, welche sich dafür interessieren, freundlichst eingeladen.

Bezirk Aachen. Die vierte diesjährige Bezirksversammlung findet Sonntag den 25. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Vertriebswirts Horstmeier, Eilshornsteinstraße 13, statt. In derselben wird der Gauvorsteher E. Müller referieren. Näheres durch Zirkular. Zu der Versammlung sind nicht nur die Mitglieder, sondern auch alle Nichtmitglieder freundlichst eingeladen.

Bezirk Bielefeld. Am 25. Oktober findet voraussichtlich in Minden eine Bezirksversammlung statt und sind Anträge zu derselben bis zum 17. Oktober an Otto Mitrow, Hermannstraße 61, einzusenden.

Bezirk Naumburg a. S. Unsere diesjährige Bezirksversammlung findet Sonntag den 18. Oktober, nachmittags 2 Uhr, im Gasthofe zum Adler mit nachfolgender Tagesordnung statt: 1. Bezirksbericht. 2. Bericht des Kassierers. 3. Antrag auf Wiedereröffnung des Corr.-Obligatoriums. 4. Beschlußfassung über die Abhaltung der künftigen Bezirksstage. 5. Verschiedenes.

Bernburg. Das tarifmäßige Minimum beträgt für hier 21 Mk. und wollen sich die geehrten Kollegen behufs Auskunft an den hiesigen Ortsvereinsvorstand wenden.

Bielefeld. Die Herren Verbandsfunktionäre werden höflichst erucht, die Adresse des Maschinenmeisters Karl Hartmann aus Leipzig-Volkmarzdorf an Otto Mitrow, Hermannstraße 61, gelangen zu lassen.

Freiburg i. Br. Die Buchdrucker von Chr. Lehmann ist für Verbandsmitglieder geschlossen. — Hier in Kondition tretende Kollegen wollen sich unter allen Umständen des Minimums (23,10 Mk.) sowie der effektiv neunstündigen Arbeitszeit verschern. — Verdrückt liegen ist unstatthaft und haben Zuwiderhandeln die event. Konsequenzen selbst zu tragen.

Ludwigshafen a. Rh. Die Adresse des hiesigen Vorsitzenden und Kassiererverwalters Fr. W. Wenzel ist nunmehr Dagersheimerstraße 10

Meißen. In der Versammlung vom 28. September wurde Kollege Bruno Thieme als Vertrauensmann gewählt. Korrespondenzen sind nach Poststraße 5, III zu richten.

Nürnberg. Wegen Abreise des bisherigen Vertrauensmannes sind alle Zuschriften an den Stellvertreter Kollegen Hugo Gorgens, Goethestraße 44, zu richten.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die betragende Adresse zu senden):

In Arnberg der Segler Heinrich Biegenstein, geb. in Arnberg 1876, ausgel. das. 1895; war noch nicht Mitglied. — H. Schlessler, Hagen i. W., Haldener Straße 35.

In Düsseldorf der Drucker Jul. Weisshuhn, geb. in Neuf 1861, ausgel. das. 1891; war noch nicht Mitglied. — E. Heuber, Fürstenaalstraße 157, II.

In Gann-Windeln der Segler Emil Fein gen. Radke, geb. in Berlin 1873, ausgel. in Stargard i. P. 1891; war schon Mitglied. — H. Bornemann, Göttingen, Obere Karstraße 25.

In Eisenach Karl Christian Gotthardt, geb. in Bückeburg bei Bacha a. W. 1877, ausgel. in Bacha 1896. — C. Köller.

In Kroppe der Seher Gust. Helm, geb. in Brandenburg a. S. 1861, ausgel. das. 1880; war noch nicht Mitglied. — J. Chr. Heilmann in Flensburg, Glücksburger Straße 52 A.

In Unna der Seher Hugo Scherff, geb. in Werdohlf 1878, ausgel. das. 1896; war noch nicht Mitglied. — Franz Seligmann, Dortmund, Steinstraße 10.

In Straßburg i. E. der Seher Herm. Kientz, geb. in Kößlin 1871, ausgel. das.; war noch nicht Mitglied. — S. Brincour, Gutleutgäßchen 1.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Dortmund. Die Herren Kesselfasserverwalter werden ersucht, dem Seher Michael König aus Werlisch 2 Mf. einzubehalten und an den Bezirkskassierer M. Enzig, Auguststraße 13, einzusenden.

Hamm i. W. Dem Gießer Herrn. Frost (Dresden 868) sind 3,30 Mf. in Abzug zu bringen. Die in seinen Händen befindliche Quittung vom 20. September ist ungültig, da ein Versehen der Post vorliegt, indem die betreffende Nachnahme nicht erhoben ist. Die Herren Funktionäre werden um Uebermittlung gebeten.

Straßburg i. E. Abhanden gekommen das Mitgliedsbuch des gegenwärtig in Pforzheim konditionierenden Sachers Gustav Kessel (Oberrhein 707). Die Herren Kesselfasserverwalter werden gebeten, bei etwaiger Vorgehung genannten Buches dasselbe mit Beschriftung zu wollen und an S. Brincour, Gutleutgäßchen 1, einzusenden.

Tarif-Ausschuss für Deutschlands Buchdrucker.

Tariffreie VIII (Berlin-Brandenburg). Auf Grund der Beschlüsse des Tarif-Ausschusses der Deutschen Buchdrucker ist in Berlin ein Tarif-Schiedsgericht zu errichten.

Die Wahl ist eine Urwahl. Wählbar und wahlberechtigt sind nur diejenigen Gehilfen, welche in tarifanerkennenden Geschäftstätten zu tarifmäßigen Bedingungen arbeiten.

Zu wählen sind drei Vertreter und drei Stellvertreter. Damit die Drucklegung und Versendung der Stimmzettel pünktlich erfolgen kann, ersuche ich die Kollegen hierdurch höflichst, sich über geeignete Kandidaten schlüssig zu werden und mir dieselben spätestens bis 28. Oktober mitzutheilen.

Die Wahl selbst findet in der Woche vom 1. bis 7. November statt. Alles Nähere wird auf den Stimmzetteln vermerkt.

Berlin, 10. Oktober 1896.
L. H. Giesecke, Gehilfenvertreter des VIII. Kreises.
Verichtigung. Die Adresse des Vertreters für den VI. Tarifkreis, Herrn Naß, ist: Halle a. S., Al. Ulrichstraße 36, nicht wie irrthümlich in N. 118 des Corr. angegeben 26

Dreizehnpaltene Seite 25 Bl., Stellen-Angebote, Gesuche und Vereins-Anzeigen bei direkter Zuleitung 10 Pf.

Anzeigen.

Belegnummern 5 Pf. — Betrag bei Ausgabe zu entrichten. Offerten ist Freimarkte zur Weiterbeförderung beizufügen.

Günstige Stablierung!

Infolge Krankheit des Inhabers mußte eine erst ganz wenig gebrauchte Accidenz-Einrichtung samt Maschine zurückgenommen werden und steht dieselbe zu außerordentlich günstigen Bedingungen zum Verkauf. Musterabdrücke zu Diensten. Reflektierende wollen ihre Adresse gef. unter V. 3503 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Stuttgart, einfinden. [290]

Tüchtiger Fertigmacher und Höpbohler, gewissenhafter Arbeiter, gesucht. [318]
Schriftgießerei C. F. Mühl, Leipzig.

Tüchtiger Stempelschneider

und Graveur, der auch in Zeug eingearbeitet ist, sowie ein tüchtiger Galvanoplastiker finden gegen gute Bezahlung dauernde Kondition. Nur auf selbständige, erste Kräfte wird reflektiert. Off. sind zu richten an die Erste Ungar. Schriftgießerei-Aktien-Gesellschaft, Budapest, VI. Dörfenstraße 32. [906]

Galvanoplastiker

der selbständig fertigmachen und gravieren kann, mit der Stereotypie völlig vertraut ist, erste Kraft, findet dauernde Stellung bei Julius Eittenfeld, Berlin, Mauerstraße 44. [317]

Maschinenseker

welcher in den letzten drei Jahren in Amerika an der Mergenthaler (Linotype) Maschine arbeitete, sucht Kond. als solcher resp. als Zeitungs- oder Werkseker. Werte Off. erb. an H. Wm. Fischer, Stralsund, Langestraße 9. [305]

Ein Werk- oder Zeitungsseker

22 J. alt, gute Zeugnisse, sucht dauernde Stellung. Werte Offerten an Haasenstein & Vogler, A.-G., Leipzig, unter N. 604. [315]

Junger, in allen Sprachen bewandertes Schriftseker [303]

sucht Kond. Off. erb. u. E. S. postl. Solingen (Rhd.).
Aachen. Sonntag den 25. Oktober, nachm. 3 Uhr: Bezirksversammlung.

LEIPZIG.

Freitag den 16. Oktober, abends 1/2 8 Uhr, in der Flora, Windmühlenstraße:

Allgemeine Maschinenmeisterversammlung.

Tagesordnung:
1. Kommissionsbericht; 2. Die letzten Tarifverhandlungen; 3. Die Maschinenmeisterfrage und Stellung zu einer event. Maschinenmeister-Konferenz; 4. Berufliche Angelegenheiten. [310]

Die Kommission der Drucker und Maschinenmeister Leipzigs.

Offenbach a. M. Samstag den 17. d. M. im Vereinslokale: Versammlung. Der Vorstand. [162]

SAULGAU

(Oberschwaben).

Sonntag den 25. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet im Restaurant Fischer, nächst dem Bahnhof, eine allgemeine **Buchdruckerversammlung** statt, wozu die Kollegen Oberschwabens sowie die der umliegenden Druckorte hiermit freundlichst eingeladen werden. Tagesordnung: „Die neueste Buchdruckerbewegung Deutschlands.“ Referent: Koll. Knie-Stuttgart. Eine zahlreiche Beteiligung ist erwünscht. Anmeldungen zum Mittagessen erbittet Albert Hartmann, Vertrauensmann. [316]

Gesucht werden tüchtige Mechaniker

für Komplettmaschinen. Offerten mit Gehaltsansprüchen an J. Lehmanns Gießerei, St. Petersburg, Rußland.

DRESDEN.

Sonntag den 18. Oktober 1896, vormittags 1/2 11 Uhr:

Allgemeine Buchdruckerversammlung

im großen Saale des „Trianon“.

Tagesordnung: 1. Die Tarifgemeinschaft, insbesondere die letzte Sitzung des Tarif-Ausschusses. Ref.: Kollege Herm. Raub-Leipzig, Tarifvertreter. 2. Debatte. 3. Aufstellung von Kandidaten zur Wahl von Schiedsgerichtsmitgliedern.

Die Kollegen der umliegenden Druckorte sind hierzu freundlichst eingeladen. Der Einberufer: Heinz Wendische.

Sonntag den 18. Oktober 1896, nachmittags 4 Uhr:

Geselliges Beisammensein

auf der „Victoria-Höhe“ in Loschwitz. [313]



Geschäfts-Übernahme!

Der geehrten Kollegenschaft, speziell Dresdens, zur gef. Kenntnisnahme, daß ich unter der Firma Max Berkow Nachfolger, Pirnaische Str. 19, ein Zigarren-Geschäft käuflich übernommen habe.

Da ich mich des feinen Wohlwollens seitens der Kollegenschaft und der geehrten Vereinsfunktionäre erfreute, darf ich wohl auf die gütige Unterstützung meines Unternehmens hoffen.

Indem ich mein gut assortiertes Lager von Zigarren und Tabak usw. der besondern Beachtung empfehle, verharre mit vorzüglicher Hochachtung
Dresden, im Oktober 1896. [314]

Otto Schimpf, Maschinenmeister.

Graphischer Anzeiger Halle a. S.

Abendung gratis-franco.
Enthält stets Neuheiten - Farben-Wappen, technischer Artikel - Fachliteratur [548]

Kloppholz - Gutenberg Leipzig

Sonntag den 18. Oktober:

Zweites Stiftungsfest

bestehend in Vokal- und Instrumentalkonzert u. Ball im Theaterkaale des Krystallpalastes.

Programmangebe: Sonnabend den 17. Oktober im Restaurant Kenter [283]

Einlass 5 Uhr. — Anfang 6 Uhr.

Durch Aufstellung eines gewählten Programms dürfte allen Wünschen Rechnung getragen sein und erbosst deshalb abseitigen Besuch der Mitglieder. Der Vorstand.
Die geehrten Mitglieder werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß das Konzert punkt 6 Uhr beginnt.

Zytophographia

Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Sonntag den 18. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, in Cobus Festhäu:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Halbjährlicher Kasfenbericht und Jahresbericht; 2. Vereinsmitteilungen; 3. Statutenbera-tung; 4. Wahl des Vorstandes und der Revisoren; 5. Verschlebens. Der Vorstand. [309]

Wild-West, Berlin. Jeden Sonntag vormittag bei 11/2, Kreuzbergstraße 50. [255]

Ortsverein Duisburg.

Sonntag den 18. Oktober c., nachm. 5 Uhr:

28. Stiftungsfest

im Restaurant Simon (am Gambrius), Friedrich-Wilhelmplatz, wozu die Mitglieder der umliegenden Orte freundlichst eingeladen sind. [307]

Das Fest-Komitee.

Geser L. Schwaiger (früher in Burg b. M. und Göttingen) gib Nachricht! Gustav Steindreger, Unterstadt-Druckerei, Göttingen. [312]

Wilhelm Wendtschneider!

Komme sofort nach Hamburg. [320]

Am 9. Oktober verschied unser lieber Kollege, der Schriftsetzer
August Börold
aus Sondershausen im 29 Lebensjahre. Wir verlieren in dem Dahingeshiedenen ein braves und treues Verbandsmitglied. Sein biederes und treuer Charakter sichern ihm ein ehrendes Andenken.
Mitgliedschaft Erfart. [311]

Richard Härtel, Leipzig-A.

Buchhandlung, Antiquariat, Altenlandschule für Buch- und Steindruck (Webers Comploten). Bestellungen direkt erbeten. Am V. d. B. (Wet.) Wir halten fest und treu zusammen.) 26 Stück 1 Mf. Eingeln 10 Pf.

